

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 106

5. Juni 1987

Ernst Waltemathe MdB kommentiert das Airbus-Projekt: 5 Gesichtspunkte, die berücksichtigt werden müssen.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB fordert Maßnahmen gegen die Raserei: Die Bundesregierung darf den „Totschlag“ auf unseren Straßen nicht länger hinnehmen.

Seite 3

Wolfgang Roth MdB unterstreicht die Bedeutung des vor 20 Jahren in Kraft getretenen Stabilitätsgesetzes: Regierung verletzt „Grundgesetz der Wirtschaftspolitik“.

Seite 4

Dokumentation:

Der DGB hat zur Teilnahme an der Friedensdemonstration am 13. Juni in Bonn aufgerufen: Abrüstung ist das Gebot der Stunde.

Seite 6

Die Finanzierung des Airbus und zivile Arbeitsplätze

5 Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung des Parlaments über das Großprojekt berücksichtigt werden müssen

Von Ernst Waltemathe MdB

Der Europäische Airbus ist technologisch und von den bisherigen Verkaufszahlen her ein Erfolg. Weniger erfolgreich sind die finanziellen Ergebnisse.

Zu einer „Familie von Passagierflugzeugen“ gehören Kurz-, Mittel- und Langstrecken-Versionen, denn ordernde Airlines sind nur dann an einem dauerhaften Engagement interessiert, wenn sie sowohl national beziehungsweise kontinental als auch für das weltweite Streckennetz Fluggerät beschaffen und einsetzen können. Insoweit war jetzt die Entscheidung fällig, ob trotz der nicht bestreitbaren bisherigen Finanzlücken und der künftigen Finanzrisiken die Langstrecken-Versionen in der Entwicklung in Angriff genommen werden oder das Airbus-Gesamtprogramm ein Torso bleiben oder gar insgesamt abgebrochen werden soll. Franzosen und Engländer sowie weitere europäische beteiligte Partner hatten sich bereits für eine Fortsetzung und Erweiterung des Airbus-Programms entschieden. Damit wurde unausweichlich, daß auch die Bundesrepublik Deutschland eine klare Entscheidung trifft. Eine solche Entscheidung beschränkt sich allerdings nicht auf die schlichte Frage nach ja oder nein, sondern muß sowohl für ein ja als auch für ein nein die finanziellen Folgen und Risiken abwägen.

Wahr ist zunächst, daß bei den bisher entwickelten, produzierten und verkauften A 300/A 310 und A 320-Versionen das europäische Erzeugnis zwar vielfach fliegt, nur noch nicht in die Gewinnzonen. Hinsichtlich der bundesrepublikanischen Anteile sind Bundesbürgschaften in Zuschüsse umgewandelt worden und Altlasten somit auch zu wesentlichen Anteilen von der Staatskasse abgedeckt worden. Auch Entwicklungskosten und Anlaufkosten für eine Serienfinanzierung der Langstrecken-Version A 330/A 340 werden sich nicht aus sich selbst heraus tragen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Druckerei
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Mit dem Beschluß vom 3. Juni hat das Bundeskabinett angezeigt, daß Voraussetzungen, aber auch finanzielle Grenzen geschaffen werden, um die Industrie in die Lage zu versetzen, über einen Startschuß für die A 330/340 zu entscheiden. Immerhin sind für den Zeitraum 1988 bis 1996 Entwicklungskostenzuschüsse von annähernd drei Milliarden DM in Aussicht gestellt, die später, je nach Verkaufsverlauf, bedingt rückzahlbar sind. Damit wären 90 v.H. der Entwicklungskosten finanzierbar. Hinsichtlich der Altlasten aus den Programmen A 300/A 310 sind Finanzierungsmodalitäten in Höhe von 1,9 Milliarden für die Jahre 1988 bis 1994 avisiert. Ob es gelingt, stärkere industrielle Beteiligungen zu erreichen, bleibt abzuwarten.

Vom Grundsatz her werden Sozialdemokraten, in deren Regierungszeit wichtige Entscheidungen für die zivile Flugzeugindustrie getroffen wurden, die jetzige Fortführung nicht zu kritisieren haben. Allerdings müssen folgende Gesichtspunkte bei bevorstehenden Entscheidungen im Parlament Berücksichtigung finden:

1. Es muß sichergestellt werden, daß das Airbus-Programm ein ziviles Programm bleibt. Mit anderen Worten: Es muß sich um Fluggerät handeln, das zur Beförderung von zivilen Passagieren vorgesehen ist. Wer die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen der Flugzeugindustrie von militärischen Aufträgen begrenzen will, ist umso mehr aufgefordert, die zivile Produktion tatsächlich zu ermöglichen.
2. Darauf folgt, daß militärische Versionen und Produktionen für militärische Zwecke beim Airbus verhindert werden müssen.
3. Am Airbus hängen mindestens 20.000 deutsche Arbeitsplätze, davon zwischen 60 und 70 v.H. in Standorten Norddeutschlands, bei denen im übrigen überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit herrscht. Aus struktur- und arbeitsmarktpolitischen Gründen bleibt es ein unabdingbares sozialdemokratisches Interesse, hochqualifizierte Arbeitsplätze für zivile Produktionen abzusichern.
4. Europäische Zusammenarbeit muß sich gerade bei Projekten, die eine einzelne europäische Nation überfordern würden, bewähren. Sie kann insofern gekoppelt werden mit transatlantischer Zusammenarbeit, als gerade die Entwicklung von Triebwerken mit US-Firmen und europäischen Firmen gemeinsam erfolgt.
5. Es muß erwartet werden, daß wirtschaftliche Risiken nicht einseitig auf die öffentliche Hand abgeladen werden, während wirtschaftliche Erfolge private Tüchtigkeit darstellen. Deshalb muß klargestellt sein, daß nach einer Phase der Hilfe bei Entwicklung und Anlauf der Serien-Fertigung der europäische Airbus in jeder Hinsicht allein fliegen kann. (-/5.6.1987/vo-he/rs)



Der Zwang zum Rasen muß weg

Die Bundesregierung darf den „Totschlag“ auf unseren Straßen nicht länger hinnehmen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Die Bundesregierung will den Rasern auf unseren Straßen Einhalt gebieten. Dies ist zu begrüßen. Allein mit einer Erhöhung des Bußgeldes ist es aber nicht getan.

Häufig übertritt der Bürger auch vernünftige Geschwindigkeitsbegrenzungen deshalb, weil selbst Mitglieder der Bundesregierung dazu auffordern. Im Zusammenhang mit dem Abgas-Großversuch sind diese Aufforderungen wiederholt relativ offen erfolgt.

Ein Regierungsmitglied hat sogar Geschwindigkeitskontrollen der Polizei mit „Heckenschützenmanieren“ verglichen. Bei solchen Äußerungen der Bundesregierung fühlen sich Autofahrer häufig verpflichtet, Geschwindigkeitsbegrenzungen zu überschreiten.

Das Fahren mit hohen Geschwindigkeiten wird in der Bundesrepublik häufig positiv gesehen. Die Bundesregierung verteidigt freie Geschwindigkeiten gleichsam als wichtiges Menschenrecht. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn Bürger Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht akzeptieren.

Wir müssen lernen, mit dem Kraftfahrzeug gelassen und entspannt umzugehen. Der Zwang zum Rasen muß weg. Deshalb ist ein Tempolimit auch auf Autobahnen nötig.

Es reduziert den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge, spart Energie, rettet Gesundheit und Leben. Solange es ein solches einheitliches Tempolimit nicht gibt, und auch abgestimmte Lösungen für Europa nicht in Kraft sind, müssen die Länder aus Verkehrssicherheitsgründen vernünftige Geschwindigkeitsbegrenzungen anordnen. Hierbei haben sie flexibel die jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu berücksichtigen. Sozialdemokratische Verkehrsminister beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hessen haben mit vernünftigen Geschwindigkeitsbegrenzungen die Unfallzahlen auf besonders gefährdeten Autobahnabschnitten erfolgreich reduziert.

Ein Tempolimit verlangsamt die PKW mit extrem hohen Geschwindigkeiten. Gleichzeitig beschleunigt es aber die langsameren Verkehre. Die Geschwindigkeitsunterschiede werden kleiner. Insgesamt wird der Verkehr gleichmäßiger und flüssiger und in der Folge davon eben sicherer. Verkehrswissenschaftliche Untersuchungen über Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen in Hessen haben diese Erkenntnisse erneut bestätigt.

Die Bundesregierung muß aufhören, den „Totschlag“ auf unseren Straßen billigend in Kauf zu nehmen. Unsere Straßen sind kein Kriegsschauplatz.

(-/5.6.1987/vo-hb/rs)

* * *



Die Bundesregierung hat das Grundgesetz der Wirtschaftspolitik verletzt

Das vor 20 Jahren in Kraft getretene Stabilitätsgesetz ist keineswegs überholt

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Vor 20 Jahren, am 8. Juni 1967, trat das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in Kraft. In dem berühmten § 1 des Gesetzes heißt es, daß Bund und Länder bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zu beachten haben. Die staatlichen Maßnahmen seien so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz - in der Großen Koalition unter maßgeblicher Vorarbeit von Karl Schiller entstanden - galt lange als das „Grundgesetz der Wirtschaftspolitik“. Heute sind von den vier wirtschaftspolitischen Zielen des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes drei verletzt. Dies gilt insbesondere für den schon Jahre andauernden Skandal der Massenarbeitslosigkeit, da sie nicht bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen, um den im Stabilitätsgesetz formulierten Zielvorstellungen auch nur nahezukommen.

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist keineswegs überholt, obwohl es strukturelle Fragen vernachlässigt. Es ist als konjunkturpolitisches Instrumentarium unersetzlich. Gerade heute käme es darauf an, Maßnahmen, wie sie im Wachstums- und Stabilitätsgesetz vorgesehen sind, zu ergreifen, damit einer möglichen rezessiven Entwicklung mit katastrophalen Folgen auf dem Arbeitsmarkt entgegengetreten werden kann. Mit ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik trägt die Bundesregierung sogar noch dazu bei, daß der Konjunkturabschwung seit dem Herbst des vergangenen Jahres noch weiter an Fahrt gewinnt.

Wenn die Bundesregierung heute das Gesetz ignoriert beziehungsweise als überholt betrachtet, so ist das ein schwerer Fehler. Wir Sozialdemokraten werden uns nicht damit abfinden. Wir werden in dieser Legislaturperiode eine Novelle zum Wachstums- und Stabilitätsgesetz vorlegen. Dabei muß der Einbau struktureller Ziele und Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einbeziehung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen, im Vordergrund stehen:

1. Einbeziehung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen

Das geltende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist dahingehend zu erweitern, daß die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen von Bund und Ländern nicht nur zur Erreichung gesamtwirtschaftlicher Zielgrößen, sondern ebenfalls zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen getroffen werden.

2. Einbeziehung einer angemessenen Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Zielkata-

log des Stabilitätsgesetzes

3. Mehrjährige Finanzplanung

In Phasen hoher Arbeitslosigkeit und unausgenutzter Kapazitäten hat die Bundesregierung auch für eine Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen Sorge zu tragen, zugunsten von mehr Beschäftigung und qualifiziertem Wachstum.



4. Mehrjährige Investitionsprogramme

Als Grundlage für die Finanzplanung sollen in Zukunft Bund, Länder und Gemeinden mehrjährige Investitionsprogramme aufstellen.

5. Verstetigung der Ausgabenströme bei Etataufstellung

Stärker als bisher ist bei der Etataufstellung bei Bund, Ländern und Gemeinden die jeweilige Wirtschafts- und Beschäftigungslage zu beachten. Hohe Arbeitslosigkeit und schwaches Wirtschaftswachstum erfordern zusätzliche öffentliche Investitionen; eine die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigende Nachfrageausweitung muß zum Abbau von Haushaltskrediten genutzt werden. Verstetigung der Ausgabenpolitik sollte für alle Gebietskörperschaften eine verbindliche Richtlinie sein.

6. Befristung von Subventionen und Subventionsbericht

Subventionen sind grundsätzlich nur zeitlich befristet zu gewähren. Ihre Neubewilligung ist vom Begünstigten zu beantragen und zu begründen. Die Länder legen analog zum Bund einen entsprechenden Subventionsbericht vor.

Zum wirksamen Abbau von Subventionen wird eine Expertenkommission eingesetzt. Sie setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern, die auf Vorschlag des Bundestages und zwei Mitgliedern, die auf Vorschlag des Bundesrates berufen werden. Diese Kommission unterbreitet alle zwei Jahre in einem Bericht Vorschläge über Subventionen, auf die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ganz oder zum Teil verzichtet werden kann.

7. Konjunktur- und wachstumsgerechte Haushaltswirtschaft der Gemeinden

Gemeinden und Gemeindeverbände müssen stärker als bisher in die Lage versetzt werden, zur Verstetigung des Wirtschaftsablaufs beitragen zu können. Dazu ist eine Neuordnung und eine Verbesserung der Gemeindefinanzierung notwendig sowie eine noch stärkere Ausrichtung der Zuweisungen der Länder an der finanziellen und ökonomischen Lage der einzelnen Gemeinden.

8. Konzertierte Aktion

Die Konzertierte Aktion ist wiederzubeleben. Sie soll in neuer Form und begrenzter Zusammensetzung zweimal jährlich zur Abstimmung über die kurz- und mittelfristige Entwicklung der wirtschaftlich relevanten Eckwerte von der Bundesregierung einberufen werden. Insbesondere sollen Orientierungsdaten ermittelt werden, die zur Grundlage für die einkommenspolitischen Entscheidungen der Tarifparteien und der Deutschen Bundesbank gemacht werden können.

9. Jahresarbeitsmarktbericht und Jahresumweltbericht

Parallel zum Jahreswirtschaftsbericht soll die Bundesregierung einen Bericht über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (Jahresarbeitsmarktbericht) vorlegen, der insbesondere die Probleme der Arbeitslosigkeit und die Chancen ihrer Bekämpfung ausführlich darzulegen hat. Ein in der Mitte jeden Kalenderjahres von der Bundesregierung vorzulegender Jahresumweltbericht soll eine Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates Umwelt und eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten umweltpolitischen Standards (Jahresprojektion) enthalten.

(-/5.6.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

DGB-Aufruf zur Friedensdemonstration: Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Der DGB hat alte Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, an der Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni 1987 in Bonn teilzunehmen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Sicherung des Friedens in der Welt bleibt zentrales gewerkschaftliches Ziel.

Frieden unter den Völkern ist nicht durch gegenseitige Abschreckung mit immer mehr und immer mehr neueren Waffen möglich. Der erste Schritt zu dauerhaftem Frieden ist die gemeinsame Abrüstung. Sicherheit der Menschen ist nur gemeinsam über Paktgrenzen hinweg erreichbar.

Ein Abbau von Waffen führt aber erst dann zum dauerhaften Frieden, wenn die ungerechten Beziehungen zwischen den Völkern - insbesondere im wirtschaftlichen Bereich - ebenfalls abgebaut werden.

Der DGB begrüßt, daß als erster Schritt zur Sicherung des Friedens Verhandlungen über die Reduzierung von Nuklearwaffen in Europa endlich konkret werden. Der 13. Ordentliche Bundeskongreß des DGB hat einstimmig gefordert: „Abbau und Verschrottung aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen.“

Ein wesentlicher Schritt hierzu ist in greifbare Nähe gerückt.

Die Chance zur sogenannten doppelten Null-Lösung im Bereich der Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite darf nicht vertan werden.

Die Bundesregierung darf nicht weiter den Bremser im Abrüstungsprozeß spielen. Sie muß endlich das deutsche Interesse an weniger Atomwaffen erkennen und in konstruktive Politik umsetzen.

Ein möglicher Abbau von Atomwaffen darf aber nicht als Vorwand mißbraucht werden, um konventionelle Aufrüstung weiter voranzutreiben.

Der DGB sieht in der sogenannten doppelten Null-Lösung viel mehr erst den Anfang. Weitere Schritte müssen auf beiden Seiten erfolgen:

Abschaffung der biologisch-bakteriologischen sowie der chemischen Waffen.

Sofortiger Stopp aller Atomwaffentests.

Beendigung des Rüstungsexports in die Dritte Welt.

Verzicht auf jede Militarisierung des Weltraums.

Abbau von Truppen und Waffen im konventionellen Bereich.

Die Aufrüstung muß ein Ende haben! Die Chance ist da! Abrüstung ist das Gebot der Stunde!
(-/5.6.1987/vo-he/rs)

* * *

